



# Bundestags- brief

Nr.299 •Die Woche im Bundestag• 08.04.2022



**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222  
Fax:030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## **Wir fordern mehr Hilfen für die Ukraine und schärfere Sanktionen gegen Russland**

Das grauenhafte Massaker in Butscha bei Kiew zeigt: Das ukrainische Volk kämpft in diesem Krieg – im wortwörtlichen Sinne – nicht nur um sein Überleben, sondern auch für europäische Werte und Freiheit.

Für uns folgt daraus: Erstens braucht die Ukraine mehr Waffen. Bundeskanzler Scholz muss bei der Unterstützung der Ukraine endlich das Heft des Handelns ergreifen. Er muss den unwürdigen Streit über Waffenlieferungen innerhalb der Bundesregierung zwischen Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenministerium beenden. Zweitens muss die Bundesregierung Vorschläge für weitere Sanktionen gegen Russland auf den Tisch legen. Drittens müssen wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland unverzüglich minimieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, hierfür endlich einen konkreten Fahrplan zur Gewährleistung der Energiesicherheit vorzulegen.

Ich habe bereits vor einigen Wochen einen Aufruf unterschrieben, der das Ende des Bezuges russischen Öls und Gases durch Deutschland fordert. Dass die Europäische Union nun ein Ölembargo auf den Weg bringen will, ist ein erster Schritt, dem aus meiner Sicht aber zeitnah weitere Entscheidungen folgen müssen, auch wenn sie auch für unser Land schmerzhaft Einschnitte zur Folge haben. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass diese Opfer nichts im Vergleich zu dem sind, was die Menschen in der Ukraine derzeit auf sich nehmen.

Aus diesem Grund unterstütze ich auch die Aufforderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung, bei der Hilfe für die Opfer des Krieges, insbesondere für geflüchteten Frauen und Kinder, mehr zu tun.

In unserem Leittrag „Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche“ zeigen wir auf, wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen umfassend geholfen werden kann.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, endlich einen Masterplan umzusetzen. Die Ampel lässt einen solchen weiter vermissen. Auch nach so vielen Wochen fehlt weiterhin eine funktionierende Koordinierung und Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Das habe ich gerade erst in dieser Woche bei meinem Besuch im Ankunftszentrum im ehemaligen Flughafen Tegel feststellen müssen. Dort funktioniert die Abstimmung zwischen freiwilligen Helferinnen und Helfern, der Zivilgesellschaft und der Landes- sowie Bezirksverwaltung reibungslos. Aber sobald es an die überregionalen Fragen geht, beginnt es oft zu haken.

Deshalb müssen zukünftig wirklich alle staatlichen Institutionen an einem Strang ziehen. Das sind wir den ukrainischen Kriegsflüchtlingen sowie den unermüdlichen Helferinnen, Helfern und Hilfsorganisationen schuldig.

## **Lebensmittelversorgung und Preis- steigerungen als Folge des Krieges mehr in den Blick nehmen**

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat große Auswirkungen auf die Versorgung mit Lebensmitteln – auf der Welt und auch in Deutschland.

Die Bundesregierung muss jetzt die notwendigen Schritte einleiten, damit es nicht zu weltweiten Knappheiten kommt und bei uns die Preisanstiege nicht überhandnehmen.

Die deutschen Landwirte sollen einen möglichst großen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten, sie wären dazu auch in der Lage.

Deshalb muss die Bundesregierung unseren Landwirten endlich gestatten, alle verfügbaren Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln zu nutzen. Wie das gehen kann, zeigen wir in unserem Antrag ([20/1336](#)) auf.

Darüber hinaus müssen wir die sozialen Folgen von Preissteigerungen und Inflation im Blick behalten. Wir müssen die Auswirkungen der steigenden Preise für die Menschen in Deutschland stärker dämpfen.

Das in dieser Woche vorgelegte Regierungspaket kann nur ein Anfang sein. Da muss mehr kommen. Wir brauchen Entlastungen für Alleinerziehende, für Pendler, für Selbstständige. Aber auch für kleine und große Unternehmen, deren Geschäftsgrundlagen durch den Preisanstieg in Frage gestellt werden.

### **Für eine schnelle und umfassende Unterstützung der Republik Moldau.**

Deutschland und die EU stehen in der besonderen Pflicht, zum Schutz der Nachbarstaaten Russlands vor einer neuerlichen Aggression beizutragen.

Moldau leistet seit dem russischen Überfall auf die Ukraine einen enormen, überproportional großen Anteil bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

Mit diesem Antrag ([20/1337](#)) richten wir konkrete Forderungen an die Bundesregierung, um die Resilienz Moldaus zu erhöhen.

Dafür muss die Bundesregierung alle Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit – einschließlich der Budgethilfe – einsetzen sowie die Mittel der humanitären Hilfe für Moldau sofort und umfassend zu erhöhen.

Mit diesen Maßnahmen für eine tatkräftige Unterstützung der Ukraine und der Republik Moldau, für Nahrungsmittelsicherheit in der Welt und für eine gute Versorgung der zu uns flüchtenden Menschen aus der Ukraine kann Deutschland seiner Führungsrolle gerecht werden.

### **Alleinerziehende mit der aktuell hohen Inflation nicht alleine lassen**

In den vergangenen Monaten hat die Inflationsrate in Deutschland stark zugelegt. Insbesondere die Heizkosten und die Preise für Lebensmittel haben sich stark verteuert.

Auch Mieten und Immobilienpreise sind in vielen Regionen angestiegen. Dies gilt insbesondere für Ballungsräume, in denen viele Alleinerziehende leben. Alleinerziehende tragen eine doppelte Verantwortung: Sie arbeiten zudem häufig in Teilzeit und müssen dafür Abstriche beim Verdienst machen.

Mit einem Antrag ([20/1334](#)) fordern wir die Bundesregierung auf, als Sofortmaßnahme für Alleinerziehende den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro anzuheben. Darüber hinaus soll das Kindergeld nur hälftig auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen sein; kurzfristig und unbürokratisch ist außerdem ein Kinderbonus in Höhe von 150 Euro einzuführen sowie der Freibetrag nach dem Wohngeldgesetz für Alleinerziehende nochmals um 20 Prozent anzuheben.

### **Die gute Nachricht zum Schluss: Anstieg des Väteranteils beim Elterngeld setzt sich fort**

Rund 1,9 Millionen Frauen und Männer in Deutschland haben im Jahr 2021 Elterngeld erhalten. Das waren rund 7 800 oder 0,4 Prozent mehr als im Jahr 2020.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, hat sich die Zahl der Männer mit Elterngeldbezug im Vorjahresvergleich um 9 700 oder 2,1 Prozent erhöht. Dagegen ging die Zahl der leistungsbeziehenden Frauen leicht um 1 900 oder 0,1 Prozent zurück. Dadurch stieg der Väteranteil im Jahr 2021 auf 25,3 Prozent (2020: 24,8 Prozent). Der kontinuierliche Anstieg des Väteranteils hat sich damit fortgesetzt. Im Jahr 2015 hatte er noch bei 20,9 Prozent gelegen.

Der Väteranteil gibt den Anteil der männlichen Bezieher an allen Elterngeldbezügen an. Er würde also genau 50 Prozent betragen, wenn bei allen Kindern sowohl der Vater als auch die Mutter gleichermaßen Elterngeld beziehen würden.

Spitzenreiter im Bundesländervergleich mit einem Väteranteil von 29,9 Prozent im Jahr 2021 war Sachsen, aber Berlin folgt dichtauf mit 27,6 Prozent, Bayern belegt mit 27,5 Prozent den dritten Platz. Die durchschnittliche Dauer des geplanten Elterngeldbezugs lag bei den Frauen im Jahr 2021 bei 14,6 Monaten, die von Männern mit durchschnittlich 3,7 Monaten deutlich darunter.

*(Quelle: Destatis).*